

Tannus-Zeitung.

Offizielles Organ der Behörden des Amtsgerichtsbezirks Königstein.

Kelheimer- und Nassauische Schweiz • Anzeiger für Ehlhalten, falkensteiner Anzeiger
Hornauer Anzeiger Eppenhain, Glashütten, Ruppertshain, Schloßborn fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2 Mark, monatlich 70 Pfennig. Anzeigen: Die 50 mm breite Petitzeile 20 Pfennig für amtliche und auswärtige Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 85 mm breite Reklame-Petitzeile im Textteil 50 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Adressennachweis und Anzeigengebühr 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen in

Freitag
15
Februar

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachschuß. Jede Nachschußbewilligung wird hinfällig bei gerichtlicher Vertreibung der Anzeigengebühren. — Einfache Beilagen: Tausend 6.50 Mark. Anzeigen-Aufnahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vor, kleinere bis 1/10 Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingetroffen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird tunlichst berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 26 • 1918

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Ph. Kleinböhl Königstein im Taunus.
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Fernsprecher 44.

42. Jahrgang

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Die beiden letzten Sitzungen.

Berlin, 14. Febr. (W. B.) Ueber den Verlauf der beiden letzten Sitzungen der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommission zur Regelung der politischen und territorialen Fragen, die mit der bekannten Erklärung Trotskys ihren Abschluß fanden, wird nachträglich noch folgendes bekannt:

Die Sitzung der Kommission vom 9. Februar leitete Staatssekretär v. Rühlmann damit ein, daß er die in Aussicht gestellte zusammenfassende Darlegung über das

Ergebnis der bisherigen Besprechungen

gab. Ohne auf alle Einzelheiten einzugehen, stellte der Staatssekretär fest, daß eine erhebliche Annäherung der beiderseitigen Standpunkte auch durch die sehr eingehenden Debatten nicht habe erzielt werden können. Er persönlich habe nicht den Eindruck, als ob eine weitere Erörterung auf der bisher von beiden Parteien eingenommenen Grundlage einen günstigeren Erfolg versprechen könnte, als bisher die Verhandlungen gehabt haben. Es ergebe sich ohne weiteres aus der ganzen Sachlage, daß eine unumschränkte Ausdehnung von Verhandlungen, die keine Aussicht auf Erfolg versprechen, nicht ins Auge gefaßt werden könnte. Wenn er heute nochmals das gesamte Problem zur Besprechung stelle, gehe es in der Absicht, ausfindig zu machen, wo sich etwa noch ein Weg zur Verständigung finden lasse. Graf Czernin schloß sich diesen Ausführungen an.

Herr Trotsky entgegnete: Vom russischen Standpunkte sei die Anwendung, welche die Gegenpartei dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker geben wolle, gleichbedeutend mit der Ablehnung dieses Grundsatzes; infolgedessen sei die Erörterung auf der Grundlage dieses Prinzips allerdings hoffnungslos gewesen. Wenn sich die Frage nach der Bedeutung der gemäß den Vorschlägen der Gegenpartei für Rußland vorgesehenen neuen Westgrenze zuwerde, so müsse er darauf hinweisen, daß die geplante neue Grenzführung vom Gesichtspunkte militärischer und strategischer Rücksichten beurteilt werden müsse. Das müsse er den militärischen Beratern der Delegation überlassen. Es sei aber jetzt eine neue Schwierigkeit entstanden durch die Stellungnahme des Vierbundes gegenüber der

Ukraine.

Die ukrainische Volksrepublik sei vom Vierbunde anerkannt worden, ja, wie er höre, hätten die Vertreter des Vierbundes mit dem Bevollmächtigten der Räterada einen Friedensvertrag unterzeichnet, in dem angeblich auch die Abgrenzung der ukrainischen Gebiete behandelt sei. Redner protestierte in eingehenden Darlegungen gegen dieses Vorgehen der Mächte des Vierbundes und bemerkte u. a.: Diese Handlungsweise müsse Zweifel hervorrufen, ob die Mittelmächte zu einer Verständigung mit der Regierung des föderativen Rußland gelangen wollten. Er erklärte deshalb, daß der angeblich unterzeichnete Vertrag mit der Räterada für das ukrainische Volk und für die Regierung von ganz Rußland keinerlei Geltung haben könne.

Unter Bezugnahme auf die Bemerkung des Herrn Trotsky, daß die als russische Grenze in Aussicht genommene Grenzlinie der Besprechung durch Sachverständige bedürfe, machte Staatssekretär v. Rühlmann nun den Vorschlag, die

Frage der Grenzziehung

einer Unterkommission zu überweisen, die am Schlusse der Sitzung zu bilden wäre und in einer auf den folgenden Tag anzuberaumenden Sitzung der politischen Kommission über das Ergebnis ihrer Besprechungen zu berichten hätte.

Bei der Ziehung der Grenzlinie, wie sie seitens der verbündeten und russischen Delegation vorgeschlagen sei, seien in erster Linie völlige Gesichtspunkte maßgebend gewesen. Es sei der Versuch gemacht worden, für Polen, Aurland und Litauen diejenigen Grenzen zu finden, die der geschichtlichen Abgrenzung und der ethnographischen Lage am besten entsprächen. Die deutsche Politik werde auch dem neu organisierten Rußland gegenüber immer ein freundschaftliches Verhältnis anstreben unter Vermeidung der Einmischung in seine inneren Verhältnisse, sobald dieser Krieg einen befriedigenden Abschluß gefunden haben werde.

Zu den Ausführungen der Volkskommissare über die Haltung der Mittelmächte gegenüber der ukrainischen Volks-

republik bemerkte v. Rühlmann, der Vierbund müsse sich vorbehalten, selbst darüber Richter zu sein, welche Staaten er anzuerkennen für gut befände. Die Mächte des Vierbundes hätten in der Tat mit den Vertretern der ukrainischen Volksrepublik einen Friedensvertrag abgeschlossen, der das Datum des heutigen Tages trage. Hieraus ergäben sich für die Mittelmächte ohne weiteres die nötigen Folgerungen, und er könne die Förderung der Verhandlungen von der Erörterung der staatsrechtlichen Verhältnisse der Ukraine erwarten. Bezüglich der mehrfach berührten

Nalandsfrage

musste er erklären, daß der Friedensschluß Deutschland als Minimum das an Rechten wieder einräumen müsse, was Deutschland vertragsmäßig bei Kriegsausbruch genossen habe. Er wolle aber nicht unterlassen, auch bei dieser Gelegenheit auf die lebhaften Wünsche des schwedischen Volkes hinzuweisen, das aus geographischen und ethnographischen Gründen an diesen Inseln ein vitales Interesse habe.

Die Sitzung wurde hierauf geschlossen.

Am 10. Februar hielt die gemäß der Vereinbarungen sofort gebildete Unterkommission unter dem Vorsitz des k. u. k. österreichisch-ungarischen Sektionschefs Dr. Graf zwei Sitzungen ab, in denen in erster Linie die militärischen Sachverständigen zu Wort kamen.

Herr v. Rühlmann brachte zunächst einen Befehl zur Sprache, den nach einer Meldung aus Petersburg das russische Oberkommando zur Verbreitung unter den deutschen Truppen veröffentlicht habe, und der die russischen Soldaten anweise, die deutschen Truppen zum Vorgehen gegen ihre Feinde, die deutschen Generale und Offiziere, zu bestimmen.

Trotsky erklärte, von einem solchen Befehl keine Kenntnis zu haben.

Hierauf ersuchte v. Rühlmann den Vorsitzenden der Unterkommission Graf, wie verabredet, über das Ergebnis der Beratungen seines Ausschusses Bericht zu erstatten. Nachdem Graf mitgeteilt hatte, daß ein Einvernehmen nicht erzielt worden sei, richtete der Staatssekretär an den Vorsitzenden der russischen Delegation die Frage, ob diese noch irgendwelche Mitteilungen zu machen habe, die zu einer befriedigenden Lösung beitragen könnten.

Trotsky führte aus, keine Delegation sei der Ansicht, daß nach den langen Verhandlungen nunmehr

die Entscheidungsfunde gekommen

sei. Die Völker erwarteten mit Ungeduld das Ergebnis der Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk. Nach Ausfällen gegen den Imperialismus der Welt erklärte er, Rußland wolle an dem Kriege keinen Anteil mehr haben. Es sei nicht gewillt, das Blut seiner Soldaten für die Interessen der einen Partei gegen die andere zu vergießen. Deshalb führe Rußland sein Heer und sein Volk aus dem Kriege heraus. Es gebe den Krieg auf und benachrichtige hieron alle Völker und ihre Regierung, es gebe Befehl zu vollständiger Demobilisierung aller Armeen, die jetzt den Armeen Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei gegenüberstünden. Seine Regierung lehne es aber ab, die deutsch-österreichisch-ungarischen Bedingungen zu sanktionieren. Rußland gehe aus dem Kriege heraus, sehe sich aber genötigt, auf die Unterzeichnung eines Friedensvertrages zu verzichten.

Hierauf erfolgte die ihrem Inhalte nach schon bekannte Erklärung über die

Beendigung des Kriegszustandes

und die Demobilisierung sämtlicher Truppen.

Die Besprechungen im Großen Hauptquartier.

Berlin, 14. Febr. (Priv.-Tel. d. Frl. Ztg.) Die Besprechungen im Großen Hauptquartier, die gestern zwischen dem Reichskanzler, dem Vizekanzler v. Payer und dem Staatssekretär v. Rühlmann, dem Generalfeldmarschall von Hindenburg und dem General v. Ludendorff stattgefunden haben, haben eine völlig einmütige Auffassung der Lage gezeitigt und zu einer völligen Uebereinstimmung der militärischen und politischen Leitung geführt.

Frankfurt a. M., 14. Febr. An den gestrigen Besprechungen im Großen Hauptquartier nahmen außer den be-

reits genannten Persönlichkeiten noch für die Marine Holthoff und von Capelle teil. Der Staatssekretär des Auswärtigen von Rühlmann und der Vizekanzler von Payer kehrten gestern abend mit Hindenburg ins Große Hauptquartier zurück. Die Besprechungen dauerten mit einer halbstündigen Unterbrechung von nachmittags 3 Uhr bis 1/8 Uhr abends.

Berlin, 14. Febr. Zu einer völligen Uebereinstimmung der Auffassung zwischen der politischen Leitung des Reichs und der militärischen haben nach amtlichen Versicherungen die gestrigen Besprechungen im Großen Hauptquartier geführt. Es sind Beschlüsse gefaßt worden, über die zur Zeit noch nichts gesagt werden kann, die aber in den nächsten Tagen bekannt werden sollen. Das wird vermutlich geschehen in den vertraulichen Besprechungen, die der Stellvertreter des Reichskanzlers Herr v. Payer, der morgen ebenso wie der Reichskanzler wieder in Berlin eintrifft, in den nächsten beiden Tagen mit den Führern der Reichstagsfraktion haben wird. Hoffentlich wird auch über diese Dinge gesprochen werden. In der nächsten Woche, in der der Reichstag zusammentritt, wahrscheinlich in der Sitzung vom Dienstag, in der, wie einzelne Blätter melden, und wie auch richtig sein mag, an Stelle des Grafen v. Hertling v. Payer sprechen wird. Es hat sich darum gehandelt, welche politischen und militärischen Konsequenzen aus dem Frieden mit der Ukraine einerseits und der durch die Bolschewisten erklärten Beendigung des Kriegszustandes andererseits und wohl auch darüber hinaus in Bezug auf das Treiben der Bolschewisten und das Schicksal der weißrussischen Randvölker Rußlands gezogen werden sollen, die mehr oder weniger von dem anarchistischen, zerstörenden und erobrenden Bolschewismus bedroht sind.

Es eröffnen sich eine Reihe sehr schwerer und heftiger Probleme, und es mag wohl gelten, die schwierige Grenzlinie zu finden, wie ein durch die Entwicklung der Dinge notwendiger Schutz unzweifelhaft wichtiger Interessen Deutschlands und seiner Verbündeten unter Umständen mit militärischer Gewalt gerechtfertigt ist, ohne daß dadurch politische-militärische Unternehmungen entstehen, die als eine Einmischung in innere Verhältnisse des zerfallenden russischen Reiches angesehen und von einschneidender Bedeutung für unsere gesamte Friedenspolitik werden könnte. Die Lage an der Ostfront, wohin man auch blickt, ganz besonders aber auch durch den Friedensschluß mit der Ukraine und die Aufhebung des Kriegszustandes durch Trotsky außerordentlich verwickelt. Die Nachrichten mehrten sich und klingen auch glaubwürdig, daß die von Trotsky zugelegte Demobilisierung des russischen Heeres oder dessen, was davon noch übrig ist, sofort widerrufen worden ist, und daß die gegenwärtigen Machthaber der Bolschewisten aus den Trümmern der russischen Armee eine neue bilden oder schon gebildet haben, mit der nicht nur gegen Finlands Unabhängigkeit, sondern wie es scheint, gegen alle vom Recht her Selbstbestimmung Gebrauch machenden Völker, vor allem gegen die Ukraine gekämpft wird. Es scheint, daß sie bereits in Riew Erfolg gehabt hat, und daß darauf die Verlegung des Hauptquartiers der ukrainischen Rada nach Schitomir zurückzuführen ist.

Es liegen starke Anzeichen dafür vor, daß Deutschland und seine Verbündeten entschlossen sind, dem Vordringen der Bolschewisten Grenzen zu setzen. Es läßt sich denken, daß ernste Interessen dazu nötigen, aber die politische Wertung eines solchen Entschlusses ist erst möglich, wenn man diese Grenze kennt. Aus Wien wird übrigens, der „Morgenpost“ zufolge berichtet, daß man am Schlusse eines amtlichen Kommentars den Vertretern der Wiener Presse zur Lage im Osten gesagt hat, daß, falls Trotsky beabsichtige, sich mit seiner Roten Garde gegen die Ukrainer zu wenden, er gewärtigen müsse, daß die Mittelmächte aus dem Umstande, daß sie den Kriegszustand gegenüber Rußland noch nicht für beendet erklärt hätten, entsprechende Folgerungen ziehen würden, da sie nicht zulassen könnten, daß dieser ihnen nunmehr befreundete freie Staat in seiner freien Entwicklung gestört werde.

Wie die „Germania“ erfährt, haben die Oesterreicher den Teil Galizien, in dem die Stadt Brody liegt, der bisher noch in russischen Händen war, wieder befehlt. Zur Begründung hatte die Rada eine Gesandtschaft nach Brody geschickt. (Frl. Ztg.)

Radoslawow über d. östlichen Probleme

Berlin, 14. Febr. Der bulgarische Ministerpräsident Radoslawow ist gestern nachmittag in Berlin eingetroffen, um sich einige Tage hier aufzuhalten und mit dem Reichskanzler Grafen Hertling Besprechungen zu haben, bei denen wahrscheinlich die Dobrußafrage und die möglicherweise bald beginnenden Verhandlungen mit Rumänien eine Rolle spielen werden.

Zur rumänischen Frage sagte Radoslawow, daß die Rumänen anscheinend den vollen Ernst ihrer Lage noch nicht begriffen hätten. Bulgarien wünscht den Frieden mit Rumänien, aber der Moment sei noch nicht gekommen. Erst wenn die Kapitulation der rumänischen Armee Tatsache geworden sei, dürfte es an der Zeit sein, den Rumänen den Frieden zu geben, der ihren berechtigten nationalen Ansprüchen entspreche.

Genf, 14. Febr. Die rumänische Gesandtschaft in Paris hat, wie sie der Presse mitteilt, ein Telegramm des Generals Averescu erhalten, lautend: „Ich bin durch den König mit dem Vorstoß des Ministerkabinetts betraut und mit der Stellvertretung im Ministerium des Aeußern.“ Die französischen Zeitungen fügen hinzu, der General Averescu biete die Gewähr, daß seine Entschlüsse vom reinsten Patriotismus eingegeben seien. (Grff. Ztg.)

Die Verhandlungen mit Rumänien.

Berlin, 14. Febr. Ueber die Verhandlungen mit Rumänien ist Genauer noch nicht bekannt. Zunächst dürften rumänische Bevollmächtigte, die über die Verlängerung des Waffenstillstandes verhandeln sollen, an einem dazu bestimmten Orte eingetroffen sein, und man wird nicht überrascht sein, wenn man in den nächsten Tagen hören sollte, daß auch politische Persönlichkeiten sich einfänden. (Grff. Ztg.)

Oesterreich-Ungarn.

Die Opposition der Polen.

Wien, 13. Febr. Die Aufregung im Polenklub über die Abtretung des Gouvernements Cholm an die Ukraine ist sehr groß. Man muß hoffen, daß sich mit der Zeit eine vernünftige Auffassung durchsetzen wird. Vor allem müssen die Polen einsehen, daß nicht Deutschland, wie manche in der ersten Leidenschaft gemeint haben, die Ursache der Abtretung ist, weil es die Ukraine so groß und Polen so klein als möglich haben wollte, sondern daß den Frieden mit der Ukraine Graf Czernin zustande gebracht habe, nicht zum wenigsten gedrängt durch die Polen, die ja dem Kriege nicht rasch genug ein Ende gemacht sehen konnten. Tatsächlich konnten sich die Mächte nicht anders entscheiden, als sie es eben getan haben. Daß in Polen darüber erboht werden würden, wußte man, mußte das aber in Kauf nehmen.

Eine baldige Antwort Czernins an Wilson.

Wien, 14. Febr. Graf Czernin, welcher gestern am Bahnhof sowie vor dem Ministerium des Aeußern empfangen wurde, wie wohl noch kein anderer österreichischer Staatsmann, wird auf die Rede Wilsons möglichst rasch antworten. Selbstverständlich wird seine Antwort den Ton festhalten, welcher mit so gutem Erfolg angeschlagen wurde und auch durchaus gerechtfertigt erscheint, da Wilson sich nicht den Versailler Beschlüssen angeschlossen hat. Ob die Unterhaltung irgend ein praktisches Ergebnis haben wird, steht dahin, aber es ist auch kein Schaden zu befürchten. Denn auf keinen Fall wird es gelingen, durch differenzielle Behandlung einen Keil zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu treiben, noch mit Scheinverhandlungen die militärischen Entscheidungen aufzuhalten, wenn ihr Tag gekommen ist.

Großes Hauptquartier, 14. Februar.

(W. B.) Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Engländer und Franzosen setzen an vielen Stellen der Front ihre Erkundungen fort. Nördlich von Lens und in der Champagne kam es dabei zu heftigen Kämpfen. In einem vorrpringenden Teil unserer Stellung südlich von Lahore haben sich die Franzosen festgesetzt.

Eigene Infanterie brachte in Flandern und auf den Maas Höhen Gefangene ein.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Wiener Generalstabsbericht vom 14. Febr.

Wien, 14. Febr. (W. B.) Amtlich wird verlautbart: Keine besonderen Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

Die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen in Petersburg.

Berlin, 14. Febr. (W. B.) Die russische Regierung hatte die Absicht, alle in Petersburg befindlichen deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, ausgenommen die Invaliden, angeblich wegen Ernährungschwierigkeiten, sofort nach dem Troicki-Lager im Gouvernement Orenburg abzuschieben. Da die Ausführung dieser Maßregel bei der in Rußland herrschenden allgemeinen Desorganisation eine außerordentlich große Gefahr für die Gefangenen mit sich gebracht hätte, hat die in Petersburg befindliche deutsche Kommission wegen der Transportierung der Gefangenen nach Orenburg den schärfsten Protest erhoben.

Demission des polnischen Kabinetts.

Berlin, 14. Febr. Im Zusammenhang mit den Bestimmungen des Friedensvertrages mit der Ukraine und den in Artikeln 6 und 7 der Erklärung der polnischen Regierung vom 30. Januar d. J. mitgeteilten Ansichten hat der polnische Ministerpräsident v. Ruzarski am 11. ds. Mts. die Demission seines Kabinetts eingereicht. Gleichzeitig ist auch der Direktor des polnischen Departements Graf Rostowski zurückgetreten. Die nähere Begründung wird in der Form einer Regierungserklärung erfolgen.

Russische Revolte auf Aaland.

Stockholm, 13. Febr. (W. B.) Wie „Stockholms Dagbladet“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, ist auf Aaland unter den russischen Truppen eine völlige Revolte ausgebrochen. Soldaten ziehen umher und verhaften ihnen mißliebige Landeseinwohner, sie verwenden dabei Bluthunde, um die fliehenden Opfer aufzuspüren. In Mariehamn sollen sie ein entsetzliches Blutbad angerichtet haben. 2000 russische Soldaten, die auf Aaland liegen, sind mit Maschinengewehren versehen, während die Bevölkerung Aalands vollkommen wehrlos ist. Auf den Inseln zwischen Aaland und der schwedischen Küste herrscht große Panik.

Neue Kreditansprüche der Entente an Amerika.

London, 13. Febr. (W. B.) Reutersmeldung. Der interalliierte Rat für die Führung des Krieges und für die Finanzen hat seine Februar-Sitzung beendet. Die Programme für die Erfordernisse im Februar und März sind von den Regierungen von Großbritannien, Frankreich und Italien vorgelegt und vom Rat erörtert worden. Diese Programme umfassen Kreditansprüche an das Schatzamt der Vereinigten Staaten in einem Umfang von ungefähr einer Milliarde Dollar.

Nicht Herrenhaus

sondern „Erste Kammer“.

Berlin, 13. Febr. Der Wahlrechtsausschuß des Abgeordnetenhauses beendete die erste Lesung der Herrenhausvorlage. Der konservative Antrag des Herrenhauses künftig Erste Kammer zu nennen, wurde angenommen, ferner wurde beschlossen, daß die Vertreter der Privatangestellten im Herrenhaus von Vertrauensmännern der Versicherten bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte präsentiert werden sollen. Angenommen wurde ferner der Antrag, daß die Herrenhausvorlage gleichzeitig mit der Wahlrechtsvorlage in Kraft treten soll. Der Ausschuß beginnt morgen mit der ersten Lesung der Abgeordnetenhausvorlage.

Kleine Rundschau.

Der Deutsche Reichstag wird sich mit dem ukrainischen Friedensvertrage zu beschäftigen haben, da eine Anzahl der mit der Ukraine getroffenen wirtschaftlichen Vereinbarungen in den Bereich der Reichs-Gesetzgebung fällt.

Auflösung

der preussischen Landes-Futtermittelstelle.

Berlin, 14. Febr. Die Landesfuttermittel St. m. b. H. für Preußen in Berlin hat, einem Antrag des Preussischen Kommissars für Volksernährung folgend, ihre Auflösung beschlossen. Von ihrem Aktienkapital von 8 1/2 Millionen Mark besitzt der preussische Fiskus einen großen Teil. Die Organisation soll teilweise aufgehen in eine ab 1. April ins Leben zu rufende Reichsfuttermittel-Gesellschaft m. b. H. (Kapital dem Vernehmen nach 10 Millionen Mark), während ihre Geschäfte durch die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte St. m. b. H. übernommen werden sollen.

Lokalnachrichten.

* Kleinbahn Höchst-Rönigstein. — Fahrplanänderung. Vom Sonntag, den 17. Februar treten im Sonntagsfahrplan folgende Änderungen ein:

Zug 3 Rönigstein ab 7 Uhr 44 B. (bisher 7 Uhr 50 ab)
" 5 " " 1 " 10 B. (" 12 " 50)
" 11 " " 9 " 53 B. (" 10 " 00)

Es empfiehlt sich, diese Änderungen in den Taschensfahrplänen sofort einzubessern, da die Züge 3 und 11 früher gelegt werden mußten und deshalb leicht veräußt werden können.

* Rönigstein, 15. Febr. Im Krankenhaus dahier starb nach längerem Leiden der Gestr. Johannes Haud. Die sterblichen Ueberreste des noch jugendlichen Helden wurden vorgestern in seine Heimat, Pöschkau in Schlesien, überführt. Dem verstorbenen Kameraden erwießen die Insassen der hiesigen Lazarett und die Schwestern des Krankenhauses die letzte Ehre. Bevor der Leichenzug daselbst verließ, widmete Herr Biehlwedel Gruppe dem Verstorbenen einen ehrenden Nachruf. Gestern früh traf die Nachricht ein, daß dem Helden auch die Ehrung durch Verleihung des Eisernen Kreuzes 2. Kl. zuteil geworden sei, leider zu spät. Er, der seit November im Krankenhaus an einem unheilbaren Leiden darniederlag, nahm bis zu seiner Erkrankung an den Kämpfen im Westen teil.

* Rönigstein, 15. Febr. Mit dem Eisernen Kreuz 2. Kl. wurde der Sohn des hiesigen Gerichtsdieners Jost, Willi Jost, für bewiesene Tapferkeit ausgezeichnet. Derselbe gehört seit 1 Jahr zu dem jüngsten Jahrgange der im Felde befindlichen Krieger und kämpfte im Westen.

* Theater. Am nächsten Freitag findet hier ein Gastspiel von Mitgliedern des Frankfurter Neuen Theaters statt. Gegeben wird das packende Schauspiel „Der Dieb“ von Bernstein.

* Die diesjährige Pferdemonstration für die Gemeinden Fischbach, Reilheim, Althain, Eppenhain, Eppstein, Glas-

hätten, Hornau, Neuenhain, Ruppertsheim, Schloßborn und Schneidhain findet am 2. März, vormittags 9.30 Uhr in Fischbach auf der Rönigsteinerstraße statt.

* Die neue Sommerzeit ist vom 14. April bis zum 1. Oktober festgesetzt.

* Die Zulagen zu den Invaliden- und Unfallrenten, die zunächst für die Zeit bis zum 31. Dezbr. 1918 in Aussicht genommen werden, werden voraussichtlich auch später gewährt, da die Teuerung, die Anloß für die Gewährung dieser Zulagen ist, aller Voraussicht nach auch nach dem 31. Dezbr. 1918 nicht behoben sein dürfte. Es besteht demgemäß die Absicht, im Wege der Gesetzgebung die Weiterzahlung der Zulagen über den 31. Dezbr. 1918 hinaus herbeizuführen.

* Falkenstein, 15. Febr. Herrn Lazarett-Oberinspektor Schulte und Herrn Lazarett-Hilfsinspektor Penning vom Offizierheim Launus dahier ist das Großherzoglich Hessische Kriegs-Ehrenzeichen verliehen worden.

* Reilheim, 12. Febr. Im Gasthaus „Zum Wiesental“ hielt am Sonntag nachmittag der Krankenunterstützungsverein (Zuschußstelle) Reilheim seine diesjährige Jahresversammlung ab, die seitens der Mitglieder gut besucht war. Der Vorsitzende Herr Franz Strobel eröffnete dieselbe und verlas den Protokollbericht der Jahresversammlung von 1916. Nach dem vom Kassierer Herrn E. Altmann erläuterten Rechnungsbericht betrug die Jahreseinnahme M. 5416.78. Die Ausgabe M. 5613.74, so daß eine Mindereinnahme von M. 196.96 entsteht. An Krankengeld wurden M. 3701.25 gezahlt. Die Einnahme aus Beiträgen betrug M. 3957.35. Für Kriegsanleihen hat der Verein bis jetzt M. 6700 gezeichnet. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Geschäftsjahres 142, über 200 sind bis jetzt zum Heere einberufen. Im vergangenen Jahre verlor der Verein durch Todesfall 7 Mitglieder, darunter vier den Heldentod starben. Nachdem dem Kassierer Entlastung erteilt war, erfolgten die satzungsgemäßen Wahlen. Die ausstehenden Vorstandsmitglieder Herren Wilhelm Dammann und Anton Benzel wurden wiedergewählt. Vom Vorstande als Vorsitzender wiedergewählt wurde Herr Franz Strobel. Wiedergewählt wurden von der Versammlung weiter als Kassierer Herr Erasmus Altmann, als Krankenkontrollleur Herr Jakob Herr und zum Vereinsdiener Herr Peter Strobel. Hierauf schloß mit Dankworten an die Erschienenen und der Hoffnung, daß dieses die letzte Kriegstagung des Vereins gewesen sei, Herr Franz Strobel die Versammlung.

* Glashütten, 13. Febr. Anlässlich der durch Festnahme von entwichenen Kriegsgefangenen dem Vaterlande geleisteten Dienste ist dem hiesigen Polizeidiener Johann Lorenz vom stellvertr. Generalkommando eine Geldbelohnung zuerkannt worden.

Eisenbahnunfall.

Eppstein i. L., 14. Febr. Heute Nacht trug sich zwischen Eppstein und Niederjosbach ein folgenschwerer Eisenbahnunglück zu. Vom Güterzug 7589 lösten sich während der Fahrt mehrere Güterwagen los und rollten auf der abschüssigen Strecke nach hier zu. Bei Am. 24.6 stießen sie auf den nachfolgenden Personenzug 597. Durch den gewaltigen Anprall wurden die Wagen aus den Gleisen gerissen. Der im letzten Wagen sitzende Bremser fand bei dem Zusammenstoß den Tod. Mehrere andere Personen trugen leichtere Verletzungen davon. Der Sachschaden ist erheblich.

Berawerks-Explosion.

Oberhausen, 14. Febr. Auf Zechen Konfordia ereignete sich gestern eine Explosion. 20 Bergleute wurden getötet, 6 schwer und 3 leicht verletzt. Ein Schiefermeister wird noch vermisst.

Von nah und fern.

Ufingen, 14. Febr. Bürgermeister a. D. Philippi feierte das goldene Jubiläum seiner Tätigkeit im hiesigen Vorkühnverein; zunächst war er Kassierer, seit 1888 gehört er dem Aufsichtsrat an. Dem verdienten Jubilar wurden reiche Ehrungen zuteil.

Nied, 14. Febr. Unter der Beschuldigung, sich im Amte größlicher Veruntreuungen schuldig gemacht zu haben, ist der hiesige Gemeindefreier L. heute in Haft genommen und dem Rgl. Amtsgericht Höchst zugeführt worden. Die Verfehlungen sollen zumteil schon längere Zeit zurückliegen.

Frankfurt a. M., 14. Febr. (W. B.) Der 18jährige Schmied Johann Wedfuß, der am 30. Dezember vor. Js. im Stadtteil Sachsenhausen den Schuhmann Erll, der sich auf einem Patrouillengang befand, erschossen hat, ist heute vom hiesigen Schwurgericht wegen vorsätzlichen Totschlages zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Sein Mitheffer, der Schlosser Wilhelm Rappes, erhielt wegen mehrfacher Einbruchdiebstähle 3 Jahre Gefängnis.

Frankfurt, 14. Febr. In der Hausener Brotfabrik fand der Bäckermeister Schilpp infolge eines Unglücksfalles den Tod. Schilpp betrieb seit etwa 20 Jahren eine eigene gutgehende Bäckerei, die er aber wegen der Zusammenlegung der Bäckereien schließen mußte und fand kürzlich in der Brotfabrik Beschäftigung.

Die städtische Kriegskommission bewilligte für die Einrichtung von Sicherheitsmaßnahmen gegen Diebstähle in den städtischen Lagern und Hafenanlagen 25 000 Mark.

Wiesbaden, 13. Febr. (Straßammer.) Am Bahnhof in Höchst traf anfangs November v. Js. der Arbeiter Joh. Vogel aus Höchst seine Freunde, die Arbeiter Karl Berninger und Karl Soffenheimer, beide aus Fischbach, die erzählten, daß in Fischbach die Villa des Oberbürgermeisters Lutke unbewohnt sei und man dort sich allerhand holen könne. Vogel war gleich mit dem aussichtsreichen Unternehmen einverstanden, holte von Hause ein Stemmisen und Dietrichs, und so ausgerüstet zog das jugendliche Kleeblatt gen Fisch-

bach zur Villa. Die Tür des Tuscolums wollte dem Bedienten nicht recht nachgeben, da holte Berninger einen Dolch aus dem Gewande und schnitzte aus der Tür ein Stück heraus, bis das Stenmeißen sah. Im unteren Stockwerk fanden sie nichts besonderes, im oberen dagegen räumten sie den ganzen Wäschehaufen aus und schlepten die Wäsche, die einen Wert von 2000 M hatte, in einem Korbe weg. Einige Tage später drang Berninger nochmals in die Villa und holte sich ein Flobergewehr, das er dort stehen gesehen. Die Wäsche ging in den Besitz des Gastwirts Herr in Höchst für 300 M über. Das Kleblatt, sowie der Wirt sahen heute auf der Anklagebank der Staatsanwaltschaft. Vogel, der Hauptanführer, erhielt 6 Monate Gefängnis, Berninger und Soffenheimer je 3 und Herr 5 Monate.

Korb, 14. Febr. Ein schwerer Einbruchdiebstahl wurde in der vergangenen Nacht auf dem im Wisperthal gelegenen Dampfzuckerwerk verübt, indem dortselbst alle vorhandenen Treibriemen entwendet wurden. Der Wert beziffert sich auf circa 12 000 Mark.

Röhl, 14. Febr. Die Röhlner Kriminalpolizei hat den 22jährigen Schuhmacher Karl Jense verhaftet, der dringend verdächtig ist, in der vergangenen Woche in Bochum an der 70 Jahre alten Witwe Modler Raubmord verübt zu haben. Bei dem Verhafteten wurden Gegenstände gefunden, die bei der Ermordung der Witwe geraubt worden sind.

Zur Wahlrechtsvorlage.

Berlin, 15. Febr. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt an der Spitze ihres Morgenblattes einen halbamtlichen Artikel über die Wahlreform. Darin heißt es, daß das künftige Wahlrecht auf dem Vertrauen beruhe, daß es das in Kriegsnot, unter Kriegslasten und Opferfreudigkeit bewährte Pflicht- und Staatsbewußtsein des ganzen Volkes sei, das auch in Friedenszeiten die feste Grundlage des preussischen Staatslebens war. Bei der Erörterung über das Wählrecht des Streikversuchs hat man vielfach die Streikbewegung mit dem Wahlrechtsfragen in dem einen oder anderen Sinne in Verbindung gebracht. Die Staatsregierung erkennt keinerlei Zusammenhang an. Derartige Versuche können zwar die Widerstände verstärken, die der Einführung des gleichen Wahlrechtes in Preußen entgegenstehen, können aber die Staatsregierung nicht um Haarsbreite von dem Wege abbringen, auf dem sie entschlossen die Wahlrechtsvorlagen zum Ziele bringen wird.

Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Wahlreform ist nach wie vor so in Aussicht genommen, daß die nächsten Wahlen, d. h. die ersten Wahlen nach Friedensschluß, nach dem neuen Wahlrecht vor sich gehen sollen. Auch dafür wird die Staatsregierung mit aller Kraft und allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln eintreten.

Besprechungen mit Vizekanzler Bahr.

Berlin, 15. Febr. Wie das „Berl. Tageblatt“ erfährt, werden die Vertreter der verschiedenen Reichsparteien heute und morgen vom Vizekanzler Bahr zu Besprechungen empfangen.

Der Friedensvertrag mit der Ukraine im Reichstag.

Berlin, 15. Febr. Nach dem „Tageblatt“ wurde in den letzten Besprechungen der Fraktionsführer der Mehrheitsparteien mit den leitenden Regierungsfunktionären von diesen der Wunsch ausgesprochen, den Friedensvertrag mit der Ukraine vor allen anderen Fragen vorweg zu nehmen, und ihn am Mittwoch, den 20. Februar gleich in allen drei Lesungen zu verabschieden.

Pferdemusterung.

Die Pferdemusterung findet für die hiesige Stadtgemeinde am 1. März ds. J., vormittags 9.30 Uhr, auf der Sodenerstraße statt. Nach § 4 der Pferde-Ausbehebungs-Vorschrift ist jeder Pferdebesitzer verpflichtet, seine sämtlichen Pferde zur Musterung zu stellen mit Ausnahme:

- a) der unter 4 Jahre alten Pferde,
- b) der angeführten Degenie,
- c) der Stuten, die entweder hochtragend sind (als hochtragend sind Stuten zu betrachten, deren Abfohlen innerhalb der nächsten 4 Wochen zu erwarten ist) oder noch nicht länger als 14 Tage abgefohlt haben,
- d) der Vollblutstuten, die im „Allgemeinen Deutschen Gestütbuch“ oder den hierzu gehörigen offiziellen - vom Unionklub geführten - Listen eingetragen und von einem Vollblutzeuger laut Deckschein belegt sind, auf Antrag des Besitzers,
- e) der Pferde, welche auf beiden Augen blind sind,
- f) der Pferde, welche in Bergwerken dauernd unter Tag arbeiten,
- g) der Pferde, welche wegen Erkrankung nicht marschfähig sind, oder wegen Ansteckungsgefahr den Stall nicht verlassen dürfen,
- h) der Pferde, welche bei einer früher abgehaltenen Musterung als dauernd kriegsunbrauchbar bezeichnet worden sind,
- i) der Pferde unter 150 m Bandmaß.

In den unter c bis g aufgeführten Fällen sind vom Ortsvorstand ausgefertigte Bescheinigungen vorzulegen, denen bei hochtragenden Stuten (Buchstabe d) der Deckschein beizufügen ist.

Die Vorführung der Pferde hat durch zuverlässige Personen zu erfolgen. Die Pferde sollen gezäumt, im übrigen aber blank (ohne Geschirr) vorgeführt werden. Schläger und bissige Pferde müssen ausdrücklich als solche bezeichnet werden, um Unfällen vorzubeugen.

Die Pferdebesitzer werden zur pünktlichen Vorführung ihrer Pferde aufgefordert und darauf hingewiesen, daß sie für den Nichtbeachtungsfall außer der gesetzlichen Strafe zu gewärtigen haben, daß auf ihre Kosten eine zwangsweise Verbeisung der nicht gestellten Pferde vorgenommen wird.

Königsheim im Taunus, den 4. Februar 1918.

Der Magistrat. Jacobs.

Hühnerhalter.

Die hiesigen Hühnerhalter werden hiermit aufgefordert, den jetzigen Hühnerbestand bis spätestens Montag, den 18. d. Mts. auf hiesigem Rathaus, Zimmer 4, anzumelden.

Königsheim im Taunus, den 14. Februar 1918.

Der Magistrat. Jacobs.

Großes Hauptquartier, 15. Februar.

(W. B.) Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

In einzelnen Abschnitten Artillerie- und Minentätigkeit. Abteilungen eines Infanterie-Regiments brachten von einem Erkundungsvorstöße gegen die belgischen Stellungen südwestlich von Mannekenvere zwei Offiziere und 26 Mann gefangen zurück.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Nordwestlich und südlich von Reims rege Erkundungstätigkeit des Feindes. In der Gegend von Brunay und südwestlich von Tahure entwickelten sich lebhaft Artilleriekämpfe.

Heeresgruppe Herzog Albrecht

Die Gefechtsfähigkeit lebte im Oberelsaß zeitweilig auf.

Im Januar betrug der Verlust der feindlichen Luftstreitkräfte an den deutschen Fronten 20 Fesselballone und 151 Flugzeuge, von denen 67 hinter unseren Linien, die übrigen jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar abgestürzt sind. Wir haben im Kampf 68 Flugzeuge und vier Fesselballone verloren.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Die Tauchbootmeldung.

Berlin, 14. Febr. (W. B. Amtlich.) 1. Außer den gestern veröffentlichten Erfolgen unserer U-Boote im östlichen Mittelmeer sind noch neueingegangenen Meldungen auch solche im mittleren Teile des Mittelmeeres erzielt worden, durch die besonders Transportverkehr nach Italien betroffen wurde.

Drei Dampfer und drei Segler fielen hier unseren Unterseebooten zum Opfer. Die Dampfer, von denen zwei bewaffnet waren, wurden sämtlich aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen. Von den versenkten Seglern hatten zwei Papiermasse, einer Holz geladen.

2. Am 31. Januar hat eines unserer Unterseeboote die chemische Fabrik Arenella bei Palermo auf nahe Entfernung erfolgreich beschossen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Letzte Nachrichten.

Aus dem großen Hauptquartier.

Berlin, 15. Febr. Reichskanzler Graf von Hertling hat gestern Abend das Große Hauptquartier verlassen und ist nach Berlin zurückgekehrt. Staatssekretär von Kühlmann dürfte etwas später als der Reichskanzler wieder in Berlin eintreffen.

Hindenburg als Ehrenpräsident.

Berlin, 14. Febr. (W. B.) Generalfeldmarschall von Hindenburg hat das Ehrenpräsidium über die Nationalfeierung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen übernommen.

Die Lage der Deutschen in Livland und Estland.

Berlin, 14. Febr. Wie dem „Berl. Lokalanzeiger“ aus Riga berichtet wird, eilt die Lage der von Deutschland ihre Rettung erheffenden Deutschen und Esten in Livland und Estland einer Katastrophe zu, wenn nicht in letzter Stunde Rettung kommt. In Reval sind von den Maximalisten 3000 Deutsche und Ester verhaftet worden.

Gegen Rückgabe der deutschen Südpazifik-Inseln.

Wellington (Neuseeland), 12. Febr. (W. B.) Reuter. Der Finanzminister teilte mit, die Vertreter Neu-Seelands gingen zur Reichskonferenz nicht aus freiem Entschluß, sondern unter dem Druck ihrer Pflicht. Die Frage der Südpazifik-Inseln sei von beherrschender Wichtigkeit. Ihre Rückgabe an Deutschland müsse verhindert werden, und die Vertreter der Dominions müßten dazu helfen, dies zu verhindern. Der Entschluß, die Inseln zurückzugeben, würde ein Unglück sein.

Nach der Streikbewegung.

Stettin, 15. Febr. Das Kriegsgericht verurteilte den früheren sozialdemokratischen Parteisekretär August Horn wegen verübten Landesverrats anlässlich der Streikbewegung zu 5 1/2 Jahr Gefängnis. Vier weitere Angeklagte erhielten je einen Monat Gefängnis.

London George und Irland.

Berlin, 15. Febr. Wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ von der Schweizer Grenze gemeldet wird, berichtet die „Morning Post“: Die Iren haben an Lord George eine Anfrage über die Anwendung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes auf Irland eingebracht.

Das Urteil im Bolo-Prozeß.

Basel, 15. Febr. (Priv.-Tel. d. Ztg. Ztg.) Wie Havas aus Paris meldet, wurde Bolo einstimmig zum Tode verurteilt. Der mitangeflagte Italiener Cavallini ist in Abwesenheit ebenfalls zum Tode verurteilt. Pothère wurde zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Städtische Nervenheilstätte für den Mittelstand.

Von ihrem jetzigen Besitzer wurde die Privatklinik Hohemart der Stadt Frankfurt zum Kauf angeboten. Wie die städtische Nachrichtenstelle mitteilt, beabsichtigt die Stadt, die Klinik zu erwerben und als Nervenheilstätte für Angehörige des Mittelstandes einzurichten.

Karlsruhe, 13. Febr. (W. B.) Der Polizeibericht meldet: Heute früh 1/1 Uhr ist in der Wohnung einer Oberamtsrichterswitwe in der Roosstraße auf noch nicht aufgeklärte Weise ein Brand ausgebrochen, bei dem die 79 Jahre alte Wohnungsinhaberin in ihrem Bett verbrannt ist. Die herbeigerufene Feuerwehr konnte den Brand, der erheblichen Gebäude- und Möbelschaden anrichtete, auf seinen Herd beschränken.

Kirchliche Nachrichten aus der evang. Gemeinde Königsheim.

Invocavit, 17. Februar 1918.

Vormittags 10 Uhr Predigtgottesdienst, 11 1/2 Uhr Jugendgottesdienst.

Altenhain im Taunus.

Sonntag, den 17. Februar 1918, veranstaltet die Humoristische Musikgesellschaft „Heiterkeit“ ein

Wohlfühlkonzert
bei Herrn Gastwirt Anton Gottschalk.
Kasseneröffnung 7 Uhr. — Anfang punkt 8 Uhr. — Rauchen verboten.

Betrifft Lebensmittelkarten für Militärpersonen.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß Lebensmittelkarten für Militärpersonen ebenfalls nur vormittags von 8—10 Uhr ausgegeben werden.

Königsheim im Taunus, den 15. Februar 1918.

Der Magistrat: Jacobs.

Die Sparkasse

Vorschussvereins zu Höchst am Main

eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht

nimmt auf ein Sparkassenbuch Beträge von Mk. 1.— an in unbeschränkter Höhe und verzinst dieselben vom Tage der Einzahlung an bis zum Tage der Rückzahlung mit

3 1/2 %

Ferner nimmt der Vorschussverein Darlehen gegen Ausgabe von Schuldscheinen in Beträgen von Mark 500.— an zu 3 1/2 % bei halbjähriger Kündigung und zu 4 % bei ganzjähriger Kündigung. Die Verzinsung beginnt mit dem Tage der Einzahlung.

Der Vorstand.

Freie Wohnung, Licht und Heizung

wird an kleinere ordentliche Familie oder Mann in Königsheim gewährt. Auskunft erteilt d. Geschftst. d. B.

für jedermann empfehlenswert sind unsere

Rechnungs-Buch.

Drei Größen, in je 25 oder 50 Blatt auf Pappe bequem zum Aufhängen gebunden, durchlocht zum Abheften.

Feines Schreibpapier. Sauberster Druck eigener Werkstätte.

Druckerei Ph. Kleinböhl, Fernruf 44. Königsheim. Hauptstr. 41.

Post-Paket-Adressen, Paket-Luftlebeadressen

Anhänge-Zettel, Postkarten, Reiseavis-Geld-Empfangs-

: Bestätigungen: Adress-Empfehlungs-Karten usw. empfiehlt

Druckerei Ph. Kleinböhl, Königsheim.

Ausschuss für Volksvorträge Falkenstein i. T.

Sonntag, den 17. Februar 1918, abends 8 Uhr pünktlich beginnend, im „Frankfurter Hof“ hier

Deutscher Volkslieder-Abend

veranstaltet unter freundlicher Mitwirkung der Damen Fräulein Steinborn, Fräulein Metz und Fräulein Bickel-Falkenstein und der Herren Dr. Weissenberger-Königstein, Vizefeldw. Scholl-Falkenstein sowie des Schulchors unter Leitung von Herrn Hauptlehrer Hartmann-Falkenstein.

Eintritt frei. Programm 20 Pfg. — Rauchen wolle man unterlassen. Es ladet freundlichst ein

Der Ausschuss für Volksvorträge.

Milchkarten.

Die Ausgabe der Milchkarten für die Zeit vom 18. Februar bis 21. April d. J. erfolgt Samstag, den 16. d. Mts., im hiesigen Rathaus, Zimmer 4, in nachstehender Reihenfolge:

A—K nachmittags von 2 1/2—3 1/2 Uhr,
L—S „ „ 3 1/2—4 1/2 „ „
T—Z „ „ 4 1/2—5 1/2 „ „

Die Reihenfolge ist genau einzuhalten. Milch-Ausweiskarten sind vorzulegen.

Königstein im Taunus, den 14. Februar 1918.

Der Magistrat Jacobs.

Speisekartoffeln.

Zur Sicherung einer geregelten und ausreichenden Kartoffelversorgung bis zur nächsten Ernte ist es unbedingt notwendig, daß die Bevölkerung beim Verbrauch von Speisekartoffeln die größte Sparsamkeit anwendet. Ein Mehrverbrauch über die behördlich festgesetzte Wochenkopfmenge von 7 Pfund hinaus ist durchaus unzulässig. Bei vorzeitigem Verbrauch kann auf keinen Fall mit einer Nachlieferung des Mehrverbrauchs gerechnet werden.

Bad Homburg v. d. H., den 4. Februar 1918.

Der Königl. Landrat. J. B.: gez. v. Brüning.

Wird veröffentlicht.

Königstein, den 14. Februar 1918.

Der Magistrat Jacobs.

Holz-Verkauf.

Oberförsterei Hofheim. Schutzbezirk Eppstein. Montag, den 25. Februar, vormittags 10 Uhr, in Eppstein bei Christian Böcker, „Zur Rose“, aus den Distr. 16, 17, 18 (Entenpfuhl) an der Donaubrücke:

Eichen: 35 rm Reifig in Dauten;
Buchen: 340 „ Scheit und Knüppel,
600 „ Reifig in Dauten.

Holzversteigerung.

Montag, den 18. Februar, vormittags 10 Uhr anfangend, kommen im Bezirks-Gemeindewald District 2 b Althag 380 rm Buchen-Scheit und Knüppel und 2800 Buchen-Bellen zur Versteigerung.

Hefrich, den 12. Februar 1918.

Hartmann, Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Betr. Verkehr mit Zucht- u. Nutzvieh.

Zu der in Nr. 4 des Kreisblatts von 1918 abgedruckten Anordnung der Landeszentralbehörden über den Verkehr mit Zucht- und Nutzvieh vom 27. Dezember 1917 sind im Wesentlichen folgende Ausführungsbestimmungen getroffen worden:

1. Einfuhrerlaubnis: Der Tierhalter, der Vieh zu Zucht- und Nutzzwecken einstellen will, hat durch Vermittelung seines Kommunalverbandes bei der für den Einstellungsort zuständigen Provinzial- (Bezirks-) Fleischstelle einen Antrag auf Einfuhrerlaubnis zu stellen. Der Inhalt dieses Antrags ist in Ziffer 1 der Anordnung der Landeszentralbehörden vom 27. Dezember näher vorgeschrieben. Händler, die zum Zwecke des Weiterverkaufs Zucht- und Nutzvieh einführen wollen, haben unter der Bezeichnung „zum Zwecke des Weiterverkaufs“ den gleichen Antrag zu stellen. (Bordrucke zu dem Antrag sind bei den Ortsbehörden erhältlich.)

2. Ausfuhrerlaubnis: Der Versender der auszuführenden Tiere hat unter Vorlegung a) der erteilten Einfuhrerlaubnis, b) der von dem Käufer und Verkäufer unterschriebenen, vollständig ausgefüllten Kaufanzeigen und c) einer Mitteilung über den Verladeort und den voraussichtlichen Verladetag die Ausfuhrerlaubnis bei der Provinzial- (Bezirks-) Fleischstelle der Ausfuhrprovinz zu beantragen.

3. Verfahren bei der Ausfuhrerlaubniserteilung: Nachdem die Unterlagen aus vorstehender Ziffer 2 geprüft sind, hat die Provinzial- (Bezirks-) Fleischstelle die zu erteilende Ausfuhrerlaubnis (Ziffer 4) dem für den Verladeort zuständigen Vertrauensmann (Haupthändler, Kreisviehstelle) zur Auswählung an den Versender zuzustellen. Der Vertrauensmann hat die zur Ausfuhr bestimmten Tiere vor der Verladung zu besichtigen und auf der Ausfuhrerlaubnis die Stückzahl, sowie, daß die Tiere Zucht- und Nutztiere der verlangten Art und kein Schlachtvieh sind, zu bescheinigen.

4. Muster für Ausfuhrerlaubnis: Auf Grund der dem Landesfleischamt erteilten Ermächtigung ist ein Muster für die Ausfuhrerlaubnis vorgeschrieben. Zu näherer Erläuterung sei hierzu Folgendes gesagt: Das Muster ist in Form eines Abreißblocks mit anhängender Doppelpostkarte gedacht. An den punktierten Linien ist das Muster zu perforieren, damit das Auseinandertrennen der einzelnen Abschnitte leichter von statten geht. Der Stammapschnitt A ver-

bleibt der Provinzial- (Bezirks-) Fleischstelle. Die Abschnitte B und C werden mit der anhängenden Postkarte nach Ausfüllung an den Vertrauensmann (Haupthändler usw.) gesandt, damit er diese beiden Abschnitte nach der Besichtigung der zu verladenden Tiere und nach Ausfüllung der Bescheinigung auf Abschnitt C dem Versender aushändigt. Bei der Verladung, über die weiter unten noch zu sprechen sein wird, sind die Abschnitte B und C von dem Verloader der Güterabfertigungsstelle abzugeben.

5. Kennzeichnung der Rinder durch Ohrmarken: Soweit die Einfuhrerlaubnis erkennen läßt, daß die auszuführenden Tiere von einem Landwirt für seinen eigenen Wirtschaftsbetrieb eingestellt werden sollen, wird es den Provinzial- (Bezirks-) Fleischstellen überlassen, wie weit sie die Kennzeichnung der auszuführenden Tiere durch Ohrmarken vorschreiben wollen. Ist die Einfuhrerlaubnis dagegen einem Händler erteilt, der die Tiere auf einem Viehmarkt oder am Bestimmungsort aus dem Stalle oder von der Weide weiterverkauft, so muß in jedem Falle die Kennzeichnung der einzelnen Tiere mit Ohrmarken erfolgen. Der betreffende Händler ist zu verpflichten, den endgültigen Verbleib der einzelnen Tiere unter Angabe der Zeichen und Nummern der Ohrmarken der Provinzial- (Bezirks-) Fleischstelle des Bestimmungsorts sofort nach dem Verkauf anzuzeigen. Macht sich nach dem Weiterverkauf ein erneuter Eisenbahntransport oder eine Ausfuhr aus dem Kommunalverband nötig, so ist eine neue Ausfuhrerlaubnis beizubringen.

6. Ueberwachung über den Verbleib der Tiere: Die Ueberwachung ist den Vertrauensmännern des Viehhandelsverbandes übertragen.

7. Umdisponierungen: Nachträgliche Verfügung des Abfenders oder Empfängers bezüglich des Frachtvertrags (beispielsweise Umdisponierung) sind bei lebendem Vieh und bei Fleisch in Wagenladungen nach Anweisung des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten nur nach Genehmigung der für den Abfender zuständigen Provinzial- (Bezirks-) Fleischstelle zulässig.

8. Viehmärkte: Nach der Anordnung der Landeszentralbehörden vom 27. Dezember ist der Verkauf und Ankauf von Zucht- und Nutzvieh auf Viehmärkten verboten, mit Ausnahme auf denjenigen Märkten, für die von der Provinzial- (Bezirks-) Fleischstelle Vorschriften über die Ueberwachung des An- und Verkaufs und des Verbleibs der gehandelten Tiere getroffen und im Regierungsamtsblatt veröffentlicht sind.

9. Inkrafttreten der neuen Maßnahmen: Die vorstehenden Anordnungen bezüglich der Verwendung der Aus-

Kleinbahn Höchst—Königstein.

Bekanntmachung.

Infolge Verlegung der Anschlußzüge der Staatsbahn treten vom Sonntag, den 17. d. Mts. ab in dem Sonntagsfahrplan folgende Änderungen ein:

Zug Nr. 3 Königstein ab 7 Uhr 45 vorm. Höchst an 8 Uhr 24
" " 5 " " 1 " 10 nachm. " " 1 " 50
" " 11 " " 9 " 53 " " " 10 " 30

Es verkehrt also:

Zug Nr. 3 — 5 Minuten früher

" " 11 — 7 " "

" " 5 — 20 " später.

Königstein, den 13. Februar 1918.

Betriebsdirektion.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen am 5. April 1918, nachmittags 2 Uhr, auf dem Bürgermeisterrat in Hornau versteigert werden die im Grundbuche von Hornau, Band 3, Blatt 309 (eingetragene Eigentümer am 22. Januar 1918, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: Joseph Schmitt und dessen Ehefrau Marie Karoline, geb. Rohrbach in Hornau je zu 1/2) eingetragenen Grundstücke

Grundst. Nr.	Grundst. Nr.	Flurbuch	Parzelle	Gr. in qm	Wirtschaftsart und Lage	Größe	Gr. in qm	Gr. in qm
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1	3	405	591		Acker untere Kirchacker	6	70	0,37
2	3	403			Acker daselbst	5	18	0,28
3	2	163			Wiese in der Braubach	1	18	0,05
4	2	164			Wiese daselbst	55	0,92	
5	2	58			Wiese daselbst	2	65	0,05
6	2	132			Wiese daselbst	3	45	0,14
7	11	429			a) Wohnhaus mit Hof-	2	61	60
8	11	328		102	raum und Vorgarten	7	60	
9	3	404			b) Schreinerwerkstätte			45
10	5	99			c) Scheune und Stall			
11	5	100			d) Stall			12
12	2	131			e) Holzremise			
13	2	165			Acker untere Kirchacker	5	51	0,30
14	2	229			Garten im Dicknet	4	75	0,37
15	2	229			Garten im Dicknet	3	48	0,27
16	2	229			Wiese in der Braubach	3	48	0,14
17	2	229			Wiese in der Braubach	48	0,02	
18	2	234			Acker im Braubacherfeldchen	7	90	1,11
					Acker daselbst	9	95	1,40

Königstein (Taunus), den 11. Februar 1918.

Königliches Amtsgericht.

Trauer-Drucksachen

nach der Druckerei Kleinbühl.

Plakate

Druckerei Ph. Kleinbühl.

Jg. Mädchen oder Junge

für leichtere Büroarbeiten u. Ausgänge gesucht. Nähere Auskunft erteilt Frau Herr, Kellheim i. T.

Solides, tüchtiges

Hausmädchen

für 1. April gesucht.

Haus Sacharias, Königstein.

1 Portemonnaie

mit etwa 11 Mk. Inhalt in Nähe des Königsteiner Dörfes gefunden. Abgab. gegen Einrückungsgeb. bei J. Wagner, Höchst a. M., gr. Taunusstr. 4.

Schwarzer Damenhut

verloren zwischen Rotes Kreuz u. Königstein. Ehrlicher Finder wolle denselben gegen Belohnung in der Geschäftsstelle dieser Btg. abgeben.

Gartenkies

trifft in sehr beschränktem Maße ein und bitte deshalb schon jetzt um gefl. Bestellungen. Lieferung auch nach auswärtig.

Christian Schmitt, Baugeschäft, Königstein im Taunus, Fernruf 55.

Zum Unterhalten von Gärten

empfiehlt sich Hermann May, Kunstgärtner, Ruppertsheim im Taunus.

Frankfurter Dame sucht für dauernd in Königstein geräumiges, hübsch möbliertes Zimmer. Angebote mit Preis u. L. 17 an die Geschäftsstelle d. Btg.

Möblierte Villa od. Landhaus

evtl. größere Etage mit Obst- und Gemüsegarten, in waldreicher Gegend v. Frühjahr bis Herbst zu mieten gesucht.

Gute Verpflegungsverhältnisse und Art am Blage Bedingung. Aufg. Angeb. u. P. Q. 683 an Haasenstein & Vogler, Frankfurt a. M.

Verloren:

1 goldene Brosche. Abzugeben Rathaus, Zimmer 3. Königstein, 15. Februar 1918. Der Magistrat: Jacobs.

fuhrgenehmigungen finden mit Wirkung vom 15. Februar 1918 Anwendung. Bis zu diesem Tage bleiben die bisherigen Bordrucke in Kraft. Schon jetzt ist in allen Bezirken zur Ausfuhr von Zucht- und Nutzvieh die Vorlegung einer Ausfuhrerlaubnis der Provinzial- (Bezirks-) Fleischstelle erforderlich.

Die Magistrate der Städte und die Herren Bürgermeister der Landgemeinden ersuche ich, diese Bekanntmachung zur Kenntnis der Beteiligten zu bringen.

Die Verordnung des Kreisauusschusses über die Ausfuhr von Rindvieh, Kalbern, Schweinen und Schafen aus dem Ober-Taunuskreis, vom 18. Oktober 1917 (Kreisblatt Nr. 110) wird hiermit aufgehoben.

Bad Homburg v. d. H., den 11. Februar 1918.

Der Vorsitzende des Kreisauusschusses.

J. B.: von Brüning.

Wird veröffentlicht.

Königstein, den 14. Februar 1918.

Der Magistrat: Jacobs.

Betr.: Preise über Brotgetreide, Hafer und Gerste.

Vom 1. März tritt wieder eine Senkung der Preise von Brotgetreide, Gerste und Hafer ein.

Die Preise stellen sich folgendermaßen:

Höchstpreise ab 1. Februar 1918.

Roggen 28.— Mark pro 100 Kilogramm

Weizen 30.— " " " "

Hafer 27.— " " " "

Gerste 27.— " " " "

Höchstpreise ab 1. März 1918.

Roggen 18.— Mark pro 100 Kilogramm

Weizen 20.— " " " "

Hafer 17.— " " " "

Gerste 17.— " " " "

Alle Landwirte und sonstige Besitzer von ablieferungs-pflichtigem Getreide, besonders diejenigen Landwirte, bei denen bei der im vorigen Monat erfolgten Bestandsaufnahme noch ablieferungs-pflichtige Mengen festgestellt worden sind, haben diese möglichst sofort zur Ablieferung zu bringen.

Bad Homburg v. d. H., den 9. Februar 1918.

Der Königl. Landrat. J. B.: v. Brüning.

Wird veröffentlicht.

Königstein, den 14. Februar 1918.

Der Magistrat: Jacobs.